

Wie Abrüstung gelingen kann



»Jetzt bin ich der Tod geworden, der Zerstörer der Welten.« Millionen Menschen weltweit haben in den letzten Wochen gehört, wie J. Robert Oppenheimer im gleichnamigen Kinofilm diese Worte sagt. Star-Regisseur Christopher Nolan lenkt unseren Blick darauf, wie Atomwaffen erfunden wurden. Noch viel wichtiger jedoch ist eine andere Frage: Wie können wir die Welt wieder von ihnen befreien?

Im Jahr 1986 gab es mehr als fünfmal so viele Atomwaffen wie heute – danach ist ihre Zahl bis etwa 2007 rapide gesunken. Dazu trugen vor allem die Rüstungsabkommen INF, START und New START zwischen den USA und der Sowjetunion/Russland bei. Seit rund 15 Jahren jedoch stagniert die Abrüstung. Spätestens seit dem Ukraine-Krieg zeichnet sich sogar eine gefährliche Kehrtwende ab: Im ver-

gangenen Jahr haben die mittlerweile neun Atomwaffenstaaten 82,9 Milliarden US-Dollar in ihre Arsenale investiert. Selten waren ihre diplomatischen Bemühungen so klein und die Gefahr eines Nuklearwaffeneinsatzes so groß wie heute.

Glücklicherweise gibt es einen Plan, wie atomare Abrüstung dennoch gelingen kann: Bei ihrer ersten Konferenz im Jahr 2022 in Wien haben die Staaten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) den *Vienna Action Plan* beschlossen. Er enthält 50 konkrete Schritte, untermauert mit Zeitzielen und Verantwortlichkeiten. Unter anderem gehört dazu die Verankerung des Atomwaffenverbotes in der bestehenden Abrüstungs- und Nichtverbreitungsarchitektur. Eine große Rolle spielt zudem die Unterstützung der Betroffenen von Atomwaffentests

Amerikanische Experten beobachteten 1989 die im INF-Vertrag vereinbarte Vernichtung sowjetischer SS-20 Raketen mit nuklearen Sprengköpfen
Foto: dpa

und -einsätzen (AVV-Artikel 6 und 7); hierfür soll ein internationaler Fonds eingerichtet werden. Bei allen Schritten werden Betroffene, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf beispielhafte Weise eingebunden.

Die Botschaft der mittlerweile 69 AVV-Staaten ist klar: Atomwaffen haben katastrophale humanitäre Folgen. Daher genügt es nicht, zu warten, bis andere aktiv werden. Im Rahmen der Vereinten Nationen bringen sie sich konstruktiv ein und arbeiten gemeinsam auf das Ziel vollständiger nuklearer Abrüstung hin. Je mehr Unterstützung dieser Prozess erfährt, desto wahrscheinlicher ist sein Erfolg! Daher war es ein wichtiges Signal, dass das NATO-Mitglied Deutschland an der ersten AVV-Staatenkonferenz als Beobachter teilnahm und Unterstützung für die Themen Opferhilfe und Umweltsanierung in Aussicht stellte.

Ohne Rüstung Leben setzt sich als offizieller deutscher ICAN-Partner dafür ein, dass die Bundesregierung diesen Weg jetzt weitergeht. Bei der nächsten

Staatenkonferenz vom 27. November bis 1. Dezember 2023 werden in New York die Ergebnisse von eineinhalb Jahren konkreter Arbeit vorgestellt und die nächsten Schritte zur Stärkung des AVV beschlossen. Wir fordern von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, als Beobachterin nach New York zu fahren und weitere NATO-Staaten zu diesem Schritt zu ermutigen. Deutschland muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden, das Völkerrecht stärken und die Ziele des AVV im Rahmen der Vereinten Nationen mit allen Kräften unterstützen.

Am Ende des Kinofilmes blickt Oppenheimer mit Sorge in die Zukunft. Er befürchtet, mit seiner Erfindung eine Kettenreaktion angestoßen zu haben, die letztlich zur Zerstörung der Welt führen wird. Noch ist es nicht zu spät, das zu verhindern!

Simon Bödecker

Unseren Offenen Brief an die Außenministerin und mehr zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Gehen Sie den nächsten Schritt!

Aktionspostkarte zur AVV-Staatenkonferenz 2023



Fordern Sie jetzt von Annalena Baerbock, die Ziele des Atomwaffenverbotsvertrages zu unterstützen.

Wir rufen die Außenministerin auf, an der kommenden AVV-Staatenkonferenz im November 2023 als Beobachterin teilzunehmen. Zudem erwarten wir eine Unterstützung der Betroffenen von Atomwaffentests und sichtbare Schritte auf dem Weg zu einem deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.

Weitere Aktionspostkarten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Absender/-in

Name _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

mit Ihrer Unterzeichnung der ICAN-Abgeordnetenerklärung haben Sie versprochen, auf einen deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) hinzuwirken. Ich danke Ihnen für dieses wichtige Bekenntnis und appelliere an Sie:

- Nehmen Sie an der kommenden **AVV-Staatenkonferenz im November 2023** als Beobachterin teil und ermutigen Sie weitere NATO-Staaten zu diesem Schritt!
- Beteiligen Sie sich an der **Unterstützung der Betroffenen von Atomwaffentests** und der Sanierung kontaminierter Regionen in Übereinstimmung mit dem **AVV!**
- Gehen Sie sichtbare Schritte auf dem Weg zu einem deutschen **Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag!**

Mit freundlichen Grüßen _____

Datum, Unterschrift

Bitte mit 70 Cent freimachen

An die Bundesministerin des Auswärtigen
Frau Annalena Baerbock
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

© Ohne Rüstung Leben. Alle Rechte vorbehalten. Dieses Dokument ist urheberrechtlich geschützt. Die Weitergabe und die Nutzung dieses Dokuments ist ohne schriftliche Genehmigung von Ohne Rüstung Leben untersagt.



Kostenexplosion in Büchel

F-35A-Atombomber verursachen hohe Folgekosten

Fast 10 Milliarden Euro hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages im Dezember 2022 für die Beschaffung von F-35A-Bombern freigegeben. 1,5 Milliarden mehr als noch wenige Wochen zuvor im Raum standen. Ohne Rüstung Leben hatte frühzeitig vor finanziellen und technischen Risiken gewarnt und gefordert, die gefährliche nukleare Teilhabe ganz aufzugeben. Nun zeigt sich: Es wird noch viel teurer.

Zur Erinnerung: Die Bundeswehr erhält 35 der neuen Flugzeuge, um weiterhin US-Atombomben abwerfen zu können. Das »modernste Kampfflugzeug der Welt« macht jedoch immer noch durch technische Pannen auf sich aufmerksam. Nach einem Absturz in Fort Worth (Texas) folgte ein mehrmonatiger Lieferstopp und eine Nachrüstung an den Triebwerken aller bisher gebauten F-35. Die Entwicklung des neuen Typs Block 4 – zu dem auch die deutschen F-35A gehören sollen – verzögert sich unterdessen weiter und sorgt für gravierende Mehrkosten, die wohl an die Kunden weitergereicht werden.

Folgekosten vervierfacht

Die neuen Flugzeuge verursachen jedoch auch an ihrem zukünftigen Stationierungsort ungeahnte Kosten. Das geht aus einem Schreiben des Verteidigungsministeriums an den Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko (Die Linke) hervor, das Ohne Rüstung Leben vorliegt.



Demnach soll die laufende Sanierung des Militärflugplatzes Büchel statt 260 Millionen nun plötzlich 1,1 Milliarden Euro kosten. Zur Begründung heißt es: »Für die Stationierung des Waffensystems F-35A werden ... Investitionen in Höhe von ca. 550 Mio. Euro für Neubauten erforderlich«. Dazu gehört etwa ein zugangsbeschränkter Funktionsbereich. Zusätzlich müssten bestehende Gebäude und Anlagen für die F-35A ertüchtigt werden, was mit weiteren rund 300 Millionen Euro zu Buche schlägt.

Rheinmetall steigt ein

So macht der Bund trotz klammer Kassen immer neue Schulden und gibt Steuergelder aus, um weiterhin Massenvernichtungswaffen einsetzen zu können. Andere sehen darin ihre Chance, ein Stück vom Kuchen abzubekommen: Wie berichtet, wird

Rheinmetall in Weeze am Niederrhein ein neues Werk errichten und künftig Rumpfteile für F-35A-Bomber zuliefern. Nur einen Monat nachdem die Standortentscheidung mit den US-Herstellern Northrop Grumman und Lockheed Martin verkündet wurde, fand am 1. August 2023 schon der erste Spatenstich statt. Mit bis zu 400 Rumpfteilen soll Rheinmetall helfen, »die wachsende weltweite Nachfrage zu befriedigen«. Ohne Rüstung Leben wird diese inakzeptable Beteiligung des Konzerns an der nuklearen Rüstung weiter öffentlich anprangern.

Simon Bödecker

Für den 14. Oktober 2023 rufen wir zur Protestkundgebung gegen das Atomwaffen-Manöver »Steadfast Noon« vor dem Fliegerhorst Nörvenich auf. Mehr unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Auch die Nuclearban-Radtour protestiert gegen die Atomwaffen in Deutschland. Ohne Rüstung Leben unterstützt sie als Trikotsponsor.
Foto: Roland Blach



Systematische Tötungen an saudischer Grenze

Deutschland muss Zusammenarbeit sofort beenden

Geflüchtete aus Äthiopien sind in der jemenitischen Provinz Amran auf dem Weg zur saudischen Grenze
Foto: dpa

Es ist ein schockierender Bericht von Human Rights Watch: Saudi-arabische Grenzbeamte sollen hunderte äthiopische Schutzsuchende an der Grenze zum Jemen getötet haben. Brisant dabei: Saudische Grenzschützer werden unter anderem von Deutschland ausgebildet. Ohne Rüstung Leben fordert, jede militärische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien sofort einzustellen!

Laut Human Rights Watch wurden zwischen März 2022 und Juni 2023 hunderte äthiopische Migrantinnen, Migranten und Asylsuchende, die vom Horn von Afrika über den Golf von Aden durch den gesamten Jemen nach Saudi-Arabien fliehen, aus nächster Nähe erschossen – darunter auch Frauen und Kinder. Dabei seien neben Gewehren auch Explosivwaffen wie Mörsergeschosse eingesetzt worden. Der Bericht beschreibt Unvorstellbares: Die Körper von Frauen, Männern und Kindern lagen demnach schwer verletzt oder bereits tot in der bergigen Grenzlandschaft. Die jüngsten Tötungen scheinen »weit verbreitet

und systematisch« und könnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Deutschland bildet Grenzschützer aus

Deutschland ist seit 2009 – mit einer Unterbrechung in den Jahren 2018 und 2019 – an der Ausbildung saudischer Grenzschützer beteiligt. Laut MONITOR-Recherchen will die Bundesregierung offenbar auch weiterhin an der Ausbildungsmission festhalten. Diese wurde von Beginn an scharf kritisiert, denn sie diene auch den Interessen der Rüstungsindustrie. Wenige Tage nach einem Besuch des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble in Saudi-Arabien verkündete der Rüstungskonzern EADS (heute Airbus) im Jahr 2009, ein Grenzsicherungssystem für Saudi-Arabien zu liefern. Jürgen Stark, Vorstandsmitglied der GdP-Bundespolizei, kommentierte damals: »Der Konzern hat den Auftrag wohl nur bekommen, weil deutsche Polizisten die Ausbildung übernommen haben. Erstmals wird die deutsche Polizei zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen genutzt.«

Militärische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien sofort einstellen

Doch Deutschland lieferte in den vergangenen Jahren nicht nur Güter zur Grenzsicherung an Saudi-Arabien. Lücken und Lockerungen im 2018 beschlossenen »Exportstopp« ermöglichten auch weitere Rüstungsexporte. Damit muss nach den Berichten über die gezielten Erschießungen endgültig Schluss sein! Ein Land, das die Menschenrechte mit Füßen tritt, mit seiner Kriegsführung im Jemen gegen das humanitäre Völkerrecht verstieß und Menschen auf der Flucht an seiner Grenze erschießen lässt, darf keine Rüstungsgüter aus Deutschland beziehen. Ohne Rüstung Leben fordert die Bundesregierung auf, alle Rüstungsexporte an Saudi-Arabien konsequent und ausnahmslos auszuschließen und jede Ausbildung und militärische Zusammenarbeit mit saudischen Grenzschutzeinheiten sofort einzustellen!

Charlotte Kehne

Mehr Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/saudi-arabien.

Zunehmende Förderung der Rüstungsindustrie

Auswirkungen der EU-Politik auf die »Rüstungsexportkontrolle«

Die Europäische Union (EU) wurde als Friedensprojekt gegründet. Doch mittlerweile ist die rote Linie, dass die EU nicht selbst im militärischen Bereich tätig wird, verwischt worden. Der EU-Haushalt wird zunehmend zur Finanzierung von Rüstungsaktivitäten und zur Förderung der Rüstungszusammenarbeit genutzt. Die Rüstungsexportkontrolle dagegen wird nicht gestärkt.

In den letzten Jahren ging eine überwältigende Mehrheit (rund 70 bis 80 Prozent des Gesamtwertes) der Rüstungsexportgenehmigungen aller EU-Mitgliedsstaaten an Länder außerhalb der EU. Waffen wie der Eurofighter oder der Tornado, die als Kooperationsprojekte in mehreren EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam gebaut werden, kommen in Kriegs- und Krisenregionen zum Einsatz.

Europäische Waffen in Krisenregionen trotz verbindlicher Kriterien

Zwar existiert auf EU-Ebene ein rechtlich verbindlicher *Gemeinsamer Standpunkt für Rüstungsexporte*, der bei Exportgenehmigungen berücksichtigt werden muss. Dessen acht Kriterien werden jedoch nicht von allen EU-Staaten gleichermaßen befolgt. Das ist möglich, da es auf EU-Ebene keine Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der Umsetzung gibt. Die Ausgestaltung der Rüstungsexportpolitik fällt in den Kompetenzbereich der jeweiligen Mitgliedsstaaten. Doch während die Exportkontrolle zahnlos bleibt, stärkt und fördert die EU die Rüstungsindustrie.

So wurde bereits 2009 die sogenannte *Verbringungsrichtlinie* verabschiedet, die Vorschriften und Verfahren für den innereuropäischen Rüstungshandel vereinfacht und so der Stärkung des Binnenmarktes und der Förderung europäischer Rüstungsk Kooperationen dienen soll. Somit steht einem liberalisierten Rüstungshandel innerhalb der EU eine zersplitterte Kontrolle der Exporte an Staaten außerhalb der EU gegenüber.

EU fördert Rüstungsindustrie und Kooperationen

Ein weiteres Beispiel ist der Europäische Verteidigungsfonds (EVF), ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm für den militärischen Bereich. Er ist mit rund acht Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt (2021–2027) ausgestattet und soll Kooperationen der europäischen Rüstungsindustrie fördern. Dabei

Die acht Kriterien des *Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte*

■ Kriterium 1

Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten

■ Kriterium 2

Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland

■ Kriterium 3

Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten

■ Kriterium 4

Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region

■ Kriterium 5

Nationale Sicherheit der Mitgliedsstaaten sowie nationale Sicherheit befreundeter und verbündeter Länder

■ Kriterium 6

Verhalten des Käuferlandes gegenüber der Internationalen Gemeinschaft

■ Kriterium 7

Risiko der Abzweigung oder der Wiederausfuhr

■ Kriterium 8

Vereinbarkeit der Ausfuhr mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes

EU-Binnenmarkt-
kommissar Thierry
Breton stellt am
3. Mai 2023 die
Verordnung ASAP
vor
Foto: dpa



wird die Kooperation aus einer Wettbewerbslogik heraus betrachtet, bei der ein Herabsenken der Exportkriterien in Kauf genommen wird.

Das aktuellste Beispiel für die Unterstützung der Rüstungsindustrie mit EU-Mitteln ist die *Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP)*. Nur drei Monate nachdem die Verordnung vorgeschlagen wurde, trat sie Ende Juli 2023 bereits in Kraft. Sie soll die militärischen Produktionskapazitäten in der EU stärken, um die Ukraine weiter zu unterstützen. Die Folgen der ASAP gehen jedoch weit darüber hinaus. Derzeit sind dafür 500 Millionen Euro (2023–2025) aus dem EU-Haushalt vorgesehen. Damit soll die Rüstungsindustrie unterstützt werden, um die jährliche Produktion auf eine Million Stück Munition hochzufahren. Dabei beinhaltet die ASAP weder Auflagen für die Hersteller noch Garantien, dass die Überproduktion nicht in Konfliktgebieten auf der ganzen Welt endet.

Kriterien konsequent und einheitlich umsetzen

Mit Maßnahmen wie der *Verbringungsrichtlinie*, dem EVF und der ASAP fördert die EU zunehmend Rüstungsk Kooperationen und die europäische Rüs-

tungsindustrie – es soll gemeinsam geforscht und entwickelt werden und es fließt EU-Geld in die Rüstungsbranche. Die Mitgliedsstaaten produzieren zudem im Rahmen von Kooperationsprojekten gemeinsam Waffen. Gleichzeitig wird die Rüstungsexportkontrolle auf europäischer Ebene jedoch nicht gestärkt. Die Mitgliedsstaaten interpretieren die Kriterien des *Gemeinsamen Standpunktes* weiterhin sehr unterschiedlich.

Angesichts zunehmender europäischer Rüstungsk Kooperationen besteht die dringende Notwendigkeit, auch die europäische Rüstungsexportkontrolle weiterzuentwickeln. Dabei darf jedoch nicht der geringste Standard als Leitschnur dienen! Um zu verhindern, dass europäische Rüstungsunternehmen dorthin ausweichen, wo die Rüstungsexport-Kriterien am laxesten ausgelegt werden, fordern wir als ersten Schritt eine Verschärfung sowie konsequente und einheitliche Umsetzung der europäischen Kriterien. Europäische Rüstungsk Kooperation darf nicht Vorrang vor einer restriktiven europäischen Rüstungsexportpolitik erhalten. Nur so kann die EU ihrem eigenen Anspruch gerecht werden.

Charlotte Kehne

Alte Gewissheiten in Frage stellen

Ökumenische FriedensDekade 2023

Vom 12. bis 22. November 2023 wird die 43. Ökumenische FriedensDekade unter dem Motto »sicher nicht – oder?« bundesweit in Kirchengemeinden und Friedensinitiativen begangen. Das diesjährige Plakatmotiv der Grafikerin Anna Krauß aus Berlin zeigt einen zerbrochenen Kompass als Symbol für die um sich greifende Orientierungslosigkeit.

Corona-Pandemie, Krieg gegen die Ukraine, Inflation und Klimakrise – viele Menschen sind verunsichert und blicken mit Sorge in die Zukunft. Das kann zu Ratlosigkeit, Lethargie oder gar Wut auf Minderheiten führen, warnt Jan Gildemeister, der Vorsitzende der Ökumenischen FriedensDekade. Das Jahresmotto

»sicher nicht – oder?« will dazu anregen, vermeintliche Gewissheiten und »Rezepte von Gestern« in Frage zu stellen.

»Notwendig dafür ist eine Offenheit und Ehrlichkeit ..., dass es in den meisten Fällen nicht ›den‹ richtigen Weg gibt, sondern der Weg selbst als Prozess gestaltet werden muss«, betont Gildemeister. Unsicherheit aushalten und gemeinsam Veränderung gestalten – dafür schafft die FriedensDekade 2023 im November mit zahlreichen Veranstaltungen und Gottesdiensten die nötigen Räume.

Simon Bödecker

www.friedensdekade.de

sicher nicht – oder?

Ökumenische FriedensDekade
12. bis 22. November 2023
www.friedensdekade.de

Autobiografie von Jürgen Grässlin erschienen

Jürgen Grässlin, einer der profiliertesten Rüstungskritiker Deutschlands, hat seine neue Autobiografie *Einschüchtern zwecklos* veröffentlicht. Detailliert geht der Sprecher der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« darin auf Proteste gegen Heckler & Koch, Auseinandersetzungen mit dem Daimler-Vorstand, erfolgreiche Gerichtsprozesse und seine Gespräche mit Betroffenen von Kleinwaffengewalt ein.

Viel Raum bekommen im Buch die zahlreichen Kampagnen und Aktivitäten, die Ohne Rüstung Leben in den letzten 25 Jahren gemeinsam mit Jürgen Grässlin organisiert und durchgeführt hat. Und das Engagement geht weiter: Am 19. September 2023 protestierte die »Aktion Aufschrei« gegen die neuen Alltagsgenehmigungen der Bundesregierung – mehr dazu finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

EIN JÜRGEN GRÄSSLIN
**SCHÜCH-
TERN**
Unermüdlich gegen Krieg
und Gewalt – was ein
Einzelner bewegen kann
**ZWECK-
LOS**
HEYNE

Einschüchtern zwecklos, 384 Seiten, erschien im Juni 2023 im Heyne Verlag

»Frieden beginnt im Kleinen«

Interview mit Cora Bieß
vom Kinderportal
»frieden-fragen«

Foto: dpa

Im Fernsehen, auf Zeitungen, auf den Bildschirmen im U-Bahnhof: Krieg ist allgegenwärtig. Was macht das eigentlich mit Kindern? Und wie können Eltern, Großeltern und Verwandte auf Sorgen und Fragen eingehen? Darüber sprachen wir mit der Friedens- und Konfliktforscherin Cora Bieß. Sie ist verantwortliche Redakteurin des Kinderportals »frieden-fragen«.

Liebe Cora, was ist »frieden-fragen« und welche Ziele hat das Projekt?

»frieden-fragen« ist ein Angebot der Berghof Foundation, einer Organisation, die sich weltweit für die friedliche Lösung von Konflikten einsetzt. Die Webseite richtet sich an Kinder und beantwortet ihre persönlichen Fragen zu Krieg und Frieden, Streit und Gewalt. Außerdem finden Kinder Informationen zu aktuellen Kriegen und Themen wie Kindersoldatinnen und -soldaten, Flucht, Gewalt im Netz, Klima oder Leben in Vielfalt. Dadurch soll ihnen ein Zugang zu schwierigen Themen ermöglicht werden, ohne sie mit der Schwere der Inhalte zu überfordern.

Ist zuletzt eine Veränderung der Themen wahrzunehmen, die Kinder besonders beschäftigen?

Seit dem Krieg gegen die Ukraine ist die Nachfrage für das Portal sprunghaft angestiegen. Kinder und auch verstärkt Erwachsene schreiben zum Beispiel: »Ich habe Angst, wird es in Deutschland einen Krieg geben?« oder »Wie kann man einen Krieg verhindern und Frieden schaffen?«. Diese Fragen werden auf »frieden-fragen« kindgerecht beantwortet. Der starke Anstieg ist für uns ein wichtiger Impuls, weitere Materialien anzubieten. Zum Beispiel haben wir einen Comic online gestellt, der auf die aktuellen Fragen und Sorgen von Kindern eingeht und ihnen Möglichkeiten aufzeigt, wie sie sich für Frieden im eigenen Kontext aktiv einsetzen können.

Worauf sollte ich achten, wenn ich mit Kindern über Krieg und Frieden spreche?

Zusammenhänge sollten in inklusiver, kindgerechter Sprache erklärt werden. Das bedeutet, Fremdwörter zu vermeiden und kurze Sätze zu formulieren. Kompliziertes sollte man mit passenden Beispielen

veranschaulichen, ohne erschreckende Bilder zu zeichnen. Trotzdem können Dilemmata benannt werden, beispielsweise zwischen dem Wert der Gewaltfreiheit und dem Recht auf Selbstverteidigung. Aus friedenspädagogischer Perspektive wird versucht, den Zusammenhang und die Parallelen von Konfliktdynamiken zwischen dem Persönlichen, dem Lokalen, dem Gesellschaftlichen, dem Politischen und auch dem Internationalen aufzuzeigen. Dies kann mit einem positiven Ausblick gelingen: Frieden beginnt im Kleinen, jede und jeder kann sich im eigenen Umfeld für Frieden einsetzen. Häufig stellen Kinder Fragen, wie sie mit Mitschülerinnen oder Mitschülern umgehen können, die aus einem Kriegsgebiet geflohen sind. Hier kann darüber gesprochen werden, was ein friedliches Miteinander im Klassenzimmer bedeutet und dass Freundschaft und ein Verständnis füreinander wichtige Beiträge zu Frieden sind.

Viele Menschen empfinden gerade selbst Ratlosigkeit und Ohnmacht über den Ukraine-Krieg. Wie sollten sie darüber mit ihren Kindern sprechen?

Die direkte oder mediale Konfrontation mit Krieg trifft uns physisch, psychisch und emotional. Wenn erwachsene Menschen Ratlosigkeit und Ohnmacht über den Krieg empfinden, spüren das auch ihre Kinder. Erwachsene sollten sich nicht unter Druck gesetzt fühlen, auf alle Fragen eine oder gar *die* richtige Antwort zu haben. Ein Weg kann es sein, Kindern Dilemmata altersgerecht zu erklären. Authentizität und Aufrichtigkeit schaffen Vertrauen. Es darf Raum für Unsicherheiten geben und es kann gemeinsam darüber gesprochen werden, wie Widersprüche ausgehalten werden können. Gleichzeitig sollten Kinder nicht mit aufgeworfenen Fragen überfordert oder mit ihrer Angst allein gelassen werden. Wenn Menschen derzeit von Krieg und Gewalt betroffen sind, fällt es oft schwer, über Wege zum Frieden nachzudenken; aber es kann auch Mut machen und Kräfte freisetzen. Vorbilder für gelungene Friedensarbeit könnten Orientierung geben. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt »Peace Counts«, das erfolgreiche Friedensmacherinnen und Friedensmacher weltweit portraitiert.

Botschaft am Zaun einer
Grundschule in Köln
Foto: Simon Bödecker

Gibt es eine Veränderung, die du dir für das deutsche Bildungssystem im Umgang mit Friedenthemen wünschen würdest?

Ich wünsche mir eine Verankerung von Friedensbildung in Bildungsplänen und in der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, damit Konfliktkompetenzen fächerübergreifend in der Schule gelernt und gestärkt werden. Darüber hinaus wünsche ich mir mehr Dialogräume, damit Kinder trotz gegenwärtiger Polikrisen – von Krieg über Pandemie bis Klimakrise – zukünftige Friedensvisionen entwickeln und verfolgen können.



Cora Bieß
Foto: Margarita Platis

Herzlichen Dank für diese spannenden Einblicke und eure wichtige Arbeit!

Die Fragen stellten **Charlotte Kehne** und **Simon Bödecker**

www.frieden-fragen.de



»Ich erwarte Friedensinitiativen von meinem Land!«

Kundgebungen für ein Ende des Ukraine-Krieges

»Stoppt das Töten in der Ukraine!« – das fordert Ohne Rüstung Leben weiterhin gemeinsam mit zahlreichen Partnerorganisationen. Denn jeder weitere Tag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bedeutet mehr Tote, Verletzte und Vertriebene sowie mehr Zerstörung.

Wladimir Putins Russland hat den Krieg in der Ukraine begonnen – und kann ihn jederzeit beenden. Aus dieser Überzeugung heraus fordern wir die politische Führung in Moskau auf, alle Truppen aus der Ukraine abzuziehen! Doch wir sind auch überzeugt: Milliarden-schwere Aufrüstung und die Lieferung immer offensiverer Waffen werden das Töten nicht stoppen. Die Bundesregierung

muss diplomatische Wege aus dem Krieg aufzeigen. Das haben wir mit zahlreichen Aktionen in ganz Deutschland gefordert.

Zwei Diskussionsforen und eine große Kundgebung in Stuttgart bildeten am 10. September 2023 den Auftakt. Die Theologin Margot Käßmann sprach sich dort vor knapp 1.000 Menschen für einen Waffenstillstand und Verhandlungen aus. »Wann ist Schluss mit diesem Wahnsinn?«, fragte sie mit Blick auf hunderttausende Tote in der Ukraine. »Es ist ein enormer Kraftakt, der Frieden möglich machen kann. Und um das klarzustellen: Als Deutsche formuliere ich keine Forderungen an die Ukraine. Aber ich erwarte Friedensinitiativen von meinem Land!«

Die Organisationen in unserem Bündnis treten für einen informierten Dialog und ein friedliches Zusammenleben ein. Dass die Debatte in Deutschland immer mehr von Radikalisierung und Populismus geprägt wird, bereitet uns große Sorgen. Verschwörungsmythen, jede Form von Menschenfeindlichkeit und jegliche Zusammenarbeit mit rechten Gruppen und Parteien lehnen wir ausdrücklich ab.

Simon Bödecker

Wie können Verhandlungen im Ukraine-Krieg gelingen? Fundierte Ideen und Optionen liefert eine Studie des Forschungsinstitutes »Inclusive Peace«. Mehr dazu finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/ukraine-krieg.

Impressionen von der Kundgebung mit Margot Käßmann
Fotos: Simon Bödecker





Frieden gibt es nicht umsonst!

Bildstarke Protestaktion vor dem Deutschen Bundestag

Die »Zeitenwende« bedeutet für die Bundesregierung vor allem, immer mehr Geld fürs Militär auszugeben. Bei den unverzichtbaren zivilen Programmen für Frieden und Entwicklung soll jedoch massiv gespart werden. Am 6. September 2023 stellten wir in einem Bündnis aus mehr als 50 Friedensorganisationen vor dem Deutschen Bundestag klar: »Frieden gibt es nicht umsonst!«.

Die Gefahr eskalierender Konflikte wächst durch die Folgen der Klimakrise, der hohen Inflation und des Ukraine-Krieges weiter an: 237.000 Menschen sind im Jahr 2022 weltweit durch Kriege gestorben – so viele wie seit 30 Jahren nicht mehr. Daher ist es fatal, dass der Regierungs-

entwurf für den Bundeshaushalt 2024 Kürzungen in Milliardenhöhe ausgerechnet bei ziviler Krisenprävention und -bewältigung, humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit vorsieht! »Die Bundesregierung zieht sich mit diesem Haushaltsentwurf aus ihrer internationalen Verantwortung zurück«, kritisiert der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO).

Zum Glück haben die Abgeordneten im Deutschen Bundestag das letzte Wort! Im vergangenen Herbst haben sie – auch dank unserer Kampagnenarbeit – geplante Kürzungen in letzter Minute zurückgenommen und die Mittel für Krisenprävention und Friedensförderung sogar erhöht!

Das ist auch jetzt wieder nötig: Die Politik muss erkennen, dass Frieden nur mit zivilen Mitteln bewahrt und gestaltet werden kann. Fordern Sie daher jetzt die Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis auf, sich für mehr Mittel für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einzusetzen – zum Beispiel mit unserem neuen Musterbrief zur Kampagne »Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken«.

Simon Bödecker

Mehr Informationen und Aktionsmaterialien erhalten Sie bei unserer Geschäftsstelle und unter www.ohne-ruestung-leben.de/ mitmachen.

Protestaktion vor dem Deutschen Bundestag am 6. September 2023
Foto: forumZFD/
Hendrik Haßel

Liebe Leserin, lieber Leser,

»sicher nicht – oder?«: das Motto der diesjährigen Ökumenischen FriedensDekade bringt es auf den Punkt (Seite 7). Angesichts allgegenwärtiger Polikrisen sind viele Menschen verunsichert und blicken mit Sorge in die Zukunft: Corona-Pandemie, Kriege, Inflation und Klimakrise. Wo soll man da nur anfangen?

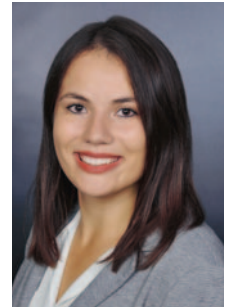
Eine Antwort kann sein, sich auf den Weg zu machen, Friedensvisionen zu entwickeln und für konkrete Schritte dorthin einzustehen. Sei es durch ein Gespräch mit den eigenen Kindern (Seite 8), mit unserer Aktionspostkarte zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag an Außenministerin Annalena Baerbock (Seite 2) oder mit unserer Forderung nach mehr Mitteln für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung (Seite 11).

Es gibt viele Möglichkeiten sich für den Frieden einzusetzen: Auch die Europawahl im kommenden Jahr werden wir von Ohne Rüstung Leben wieder zum Anlass nehmen, um uns für Friedenspolitik und Rüstungsexportkontrolle stark zu machen (Seite 5).

Ich danke Ihnen sehr, dass Sie unsere Arbeit unterstützen!

Ihre

Charlotte Kehne



Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt+4, Entgelt bezahlt, Deutsche Post AG

Verantwortlicher

Redakteur

Simon Bödecker

Auflage:

15.000

Informationen zum

Datenschutz:

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss

19. September 2023



Inhalt

1 | Titel

Wie Abrüstung gelingen kann

2 | Aktion

Gehen Sie den nächsten Schritt!

3 | Aktuell

Kostenexplosion in Büchel

4 | Aktuell

Systematische Tötungen an saudischer Grenze

5 | Hintergrund

Auswirkungen der EU-Politik auf die »Rüstungsexportkontrolle«

7 | Aktuell

Ökumenische FriedensDekade 2023

7 | Aktuell

Autobiografie von Jürgen Grässlin erschienen

8 | Hintergrund

»Frieden beginnt im Kleinen« – Interview mit Cora Bieß vom Kinderportal »friedens-fragen«

10 | Aktion

Kundgebungen für ein Ende des Ukraine-Krieges

11 | Aktion

Frieden gibt es nicht umsonst!

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEFIEK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden